

GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE

Zeitschrift für soziale Theorie und Praxis

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

2. JAHRGANG

JUNI 1951

HEFT 6

Friedrich Stampfer

GEWERKSCHAFTEN UND PARTEIEN

Die Gewerkschaften der Welt, einschließlich jener Organisationen, die sich mit Unrecht als solche bezeichnen, bieten in ihrem Verhältnis zum Staat und seinen Parteien ein Bild von verwirrender Mannigfaltigkeit. Aus den revolutionären Untergrundgruppen des Zarenreiches sind die Massenzwangsorganisationen der Sowjetunion geworden, die der Einparteidiktatur als willenlose Werkzeuge dienen. In England haben sich die Gewerkschaften aus der Abhängigkeit von der liberalen Partei losgelöst und an ihre Stelle ihre eigene Partei gesetzt, die jetzt regiert. In Amerika hingegen halten sie sich aus jeder parteipolitischen Betätigung heraus und treiben bei den Wahlen eine Politik der „Bestrafung“ oder der „Belohnung“, je nachdem wie sich der jeweilige Kandidat zu den gewerkschaftlichen Forderungen stellt. Während es in England auf den Bänken des Parlaments und der Regierung von Gewerkschaftern wimmelt, wird man im Kongreß und in den Regierungsgebäuden Amerikas vergeblich nach bedeutenden Gewerkschaftsführern Umschau halten. Dennoch nannte der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, unter den 64 nach seiner Meinung mächtigsten Männern Amerikas die Führer der AFL *William Green* und *Matthew Woll*. Von diesen beiden ist der erste Demokrat, der zweite Republikaner. Ein dritter Mann, der ihnen an Bedeutung kaum nachsteht, *David Dubinsky*, zählt zu den wenigen Sozialdemokraten, die es in Amerika gibt. Durch die Verschiedenheit der Parteizugehörigkeit ist, soviel bekannt, die Harmonie der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit niemals gestört worden.

Die Schaffung einer amerikanischen Partei der Arbeit, ähnlich der englischen, ist viel diskutiert und wiederholt versucht worden. Der jüngst verstorbene *Harold Laski*¹⁾ setzte sich in seinem letzten Buch lebhaft für sie ein. Aber Laski war ein Engländer mit der englischen Neigung, englische Maßstäbe an alle Dinge anzulegen. Es wird noch viel Wasser den Mississippi hinunterfließen, bevor dieser Traum Wirklichkeit wird. Viel eher steht eine Wiedervereinigung von AFL und CIO in Aussicht, da durch die Reinigung des letzteren von der kommunistischen Infiltration das entscheidende Hindernis beseitigt ist. Beide Gewerkschaftsverbände haben ihre stärksten Stützen bei den Demokraten, verschmähen es aber keineswegs, auch bei den Republikanern Unterstützung zu suchen.

1) Harold J. Laski. *Trade Unions in the New Society*. London. Allen & Unwin. 1950.

Wenn so die englische und amerikanische Gewerkschaftsbewegung jede ihren eigenen Weg gehen mußte, so gilt das für die deutsche erst recht. Sie ist unter ganz anderen Verhältnissen gewachsen und hat ganz andere, härtere Schicksale erlebt. Dennoch kann gesagt werden, daß die Gewerkschaften der Bundesrepublik eher mit den amerikanischen Ähnlichkeit haben als mit den englischen. Denn auch sie können sich nicht mit einer Partei identifizieren. *Bömelburgs* Ausspruch „Partei und Gewerkschaft sind eins“²⁾ hat nie allgemeine Anerkennung gefunden und ist jetzt, angesichts der glücklichen Vereinigung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, erst recht völlig überholt. Wie die amerikanischen haben auch die deutschen Gewerkschaften ihre stärkste Stütze in *einer* Partei, verzichten aber nicht darauf, ihren Einfluß auch in anderen Parteien geltend zu machen. An die Bildung einer eigenen Partei können sie noch weniger denken als die amerikanischen.

Nun aber ist es in Deutschland viel schwerer, eine über- oder zwischenparteiliche Stellung einzunehmen als in Amerika. Die sozialen Spannungen sind hier schärfer, die Parteikämpfe gereizter und erbitterter, die Bindungen der Anhänger an die Partei stärker. Hier ist man geneigt, als Verrat zu betrachten, was drüben als berechtigter Ausdruck der eigenen Überzeugung verstanden und geduldet wird. Eine Abstimmungsdisziplin, wie sie in Deutschland — aber auch in England — geübt wird, gibt es in Amerika nicht.

Die Abstimmungsdisziplin in England hat ihren Grund darin, daß dort von der Stimme eines einzigen Abgeordneten Sturz oder Bestand der Regierung abhängen kann. Solch kritische Situationen kennt die amerikanische Demokratie nicht, denn durch die Wahl des Präsidenten wird für die Dauer seiner Amtszeit eine Stabilität der Regierungsverhältnisse geschaffen, die durch einen Parlamentsbeschluß nicht erschüttert werden kann. Da die Stimmabgabe gegen die Mehrheit der eigenen Partei keine Konsequenzen haben kann, die über die unmittelbare sachliche Entscheidung hinausreichen, ist sie in Amerika ein so gewöhnlicher Vorgang wie in anderen Ländern ein ungewöhnlicher. Bekanntlich gibt es in beiden Häusern des Kongresses kaum eine Abstimmung, bei der die beiden Parteien geschlossen gegeneinander stehen. Selbst bei einer so hoch politischen Angelegenheit wie bei der Entscheidung über das gewerkschaftsfeindliche Taft-Hartley-Gesetz stimmte nur die Mehrheit der Republikaner mit Ja, eine Minderheit mit Nein. Einige Demokraten, besonders aus dem Süden, ließen es sich nicht nehmen, gegen die Führung der eigenen Partei und die hinter ihr stehenden Gewerkschaften mit Ja zu stimmen.

Ähnlich dem amerikanischen Kongreß kennt auch der deutsche Bundestag keine Regierungskrisen. Der einmal gewählte Bundeskanzler bleibt im Amt, bis ein neuer Bundestag eine Entscheidung über seine Nachfolge getroffen hat oder im alten eine Einigung über die Wahl eines anderen Kanzlers zustande gekommen ist. Das aber ist ein Fall, der so leicht nicht eintreten wird. Der Bundeskanzler kann also nicht durch ein Mißtrauensvotum oder durch eine sachliche Entscheidung, die einem Mißtrauensvotum gleichkommt, gestürzt werden.

Es sprechen somit starke Gründe für eine Auflockerung der Fraktionsdisziplin, die den Gewerkschaften auch sonst nur erwünscht sein kann. Denn ihnen kommt es nicht darauf an, theoretische Standpunkte festzuhalten, sondern Mehrheiten zu schaffen, die unerwünschte Gesetze ablehnen und erwünschte annehmen. Die Bildung solcher Mehrheiten kann entweder durch Schaffung

2) Theodor Bömelburg (1862 Ms 1912) war insbesondere als Organisator der Maurer ein bekannter Gewerkschaftsführer und Politiker in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Den von Stampfer zitierten Ausspruch machte er auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß im Jahre 1902. (Die Redaktion)

von Koalitionen geschehen, bestehend aus Parteien, in denen die Gewerkschaften ihren Einfluß geltend machen können, oder aber durch die Freigabe der Abstimmung über Vorlagen, an denen die Gewerkschaften besonders interessiert sind. Einem Abgeordneten, dessen Partei in bestimmten Fragen eine andere Haltung einnimmt als die Gewerkschaften, muß freigestellt sein, die Entscheidung zwischen Partei und Gewerkschaft aus eigenem Gewissen zu treffen. Damit wird auch dem Geist des Grundgesetzes entsprochen, das vorschreibt, daß der Abgeordnete „an Aufträgen und Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen“ sein soll. So wie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland steht das in den meisten Verfassungen seit 1848, ohne daß man sich viel darum gekümmert hatte. Zum Wesen einer lebendigen Demokratie gehört aber auch der Mut zur eigenen Überzeugung und die allgemeine Achtung vor ihm. Daß auch diese Bewegungsfreiheit ihre natürlichen Grenzen hat und Stunden der Gefahr Einigkeit fordern, versteht sich von selbst.

Den Staatswillen im ganzen zu formen ist Aufgabe der Parteien. Im einzelnen auf ihn einzuwirken, wo die Wahrung der ihnen anvertrauten Interessen das notwendig macht, ist Sache der Gewerkschaften. Daraus ergibt sich eine Konkurrenz der Zuständigkeiten, die um so stärker werden muß, je tiefer die Staatsmacht in das wirtschaftliche Geschehen eingreift und je schärfer der unzertrennliche Zusammenhang der gewerkschaftlichen Probleme mit jenen der allgemeinen, der sogenannten „großen“ Politik erkannt wird. Je weiter sich die Gewerkschaften von den Parteien distanzieren, desto dringender wird die Forderung nach einer universalen Gewerkschaftspolitik.

Vom Standpunkt einer solchen Politik aus können die Gewerkschaften die Entwicklung des deutschen Parteiwesens nur mit Sorge betrachten. Als der einzige stabile Faktor erscheint hier die Sozialdemokratische Partei, der es aber bisher noch nie gelungen ist, das Vertrauen einer Volksmehrheit und den klaren Auftrag zur Regierung zu gewinnen. Alles andere scheint sich in einem Zustand der politischen Obdachlosigkeit zu befinden und der ruhelosen Wanderung, von der niemand weiß, wo sie enden wird.

Die Gewerkschaften werden diese beunruhigende Entwicklung mit offenen Augen verfolgen und sich geistig auf alle Konsequenzen vorbereiten müssen, die sich aus ihr ergeben können, über der Entscheidung aller Einzelfragen steht die Erhaltung der demokratischen Staatsordnung als der Voraussetzung allen gewerkschaftlichen Wirkens. Das ist eine Aufgabe, die logischerweise den Parteien zufällt, und es kann nicht der Wunsch der Gewerkschaften sein, die vernünftige Teilung aller Arbeit mit jenen zu stören. Wenn aber den Parteien die Kraft oder der Wille fehlen sollte, zu tun, was ihres Amtes ist, dann müßten die Gewerkschaften als die Triarier der Demokratie in Erscheinung treten, damit es nicht noch einmal so kommt wie im Frühjahr des Unheils 1933.

GOTTFRIED KELLER:

*„Trau keinem, der nie Partei genommen und immer im Trüben ist geschwommen!
Doch will dir jener auch nicht frommen, der nie darüber hinaus will kommen.“*